

Stellungnahme für die Stärkung der Rechte von Sexarbeitenden statt Verbote

Als Fachberatungsstelle für Sexarbeitende in kirchlicher Trägerschaft begleiten wir täglich Menschen in der Sexarbeit. Wir leisten aufsuchende Arbeit, beraten zu rechtlichen, gesundheitlichen und sozialen Fragen, unterstützen in Krisen und beim freiwilligen Umstieg. Grundlage unserer Arbeit sind Menschenwürde, Selbstbestimmung, Teilhabe sowie der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung.

Sexarbeit ist gesellschaftliche Realität.

Menschen üben sie aus unterschiedlichen Gründen aus – aus wirtschaftlichen, pragmatischen oder persönlichen Motiven. Viele Sexarbeitende betonen ihre Selbstbestimmung und fordern vor allem sichere Arbeitsbedingungen, gesellschaftliche Anerkennung sowie rechtlichen und sozialen Schutz. Ihre Perspektiven müssen Ausgangspunkt politischer Entscheidungen sein.

Versteckt und schwer erreichbar

Wir lehnen das sogenannte „Nordische Modell“, das den Kauf sexueller Dienstleistungen kriminalisiert, ab. Erfahrungen zeigen, dass eine Kriminalisierung der Nachfrage Sexarbeit stärker in versteckte und schwer erreichbare Bereiche verlagern kann. Zeitdruck, Isolation und fehlende Möglichkeiten zu Sicherheitsabsprachen schwächen Schutzmechanismen, die Sexarbeitende selbst entwickeln. Sichere Arbeitsformen wie gemeinsames Arbeiten und bekannte, kontrollierte Arbeitsorte werden erschwert oder sind unmöglich. Schließlich werden auch Beratungsarbeit und die behördliche Kontrolle der Betriebe erschwert und das Risiko von Gewalt und gesundheitlichen Gefahren erhöht.

Folgen betreffen auch den privaten Lebensbereich von Sexarbeitenden

Eine weitreichende Kriminalisierung vermeintlicher „Förderung von Prostitution“ kann dazu führen, dass Sexarbeitende etwa beim Zugang zu Wohnraum oder digitalen Dienstleistungen diskriminiert werden. Menschen werden dadurch auf ihre berufliche Tätigkeit reduziert und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Selbstbestimmung statt pauschaler Zuschreibungen

Problematisch ist zudem die Grundannahme, Sexarbeit grundsätzlich als Gewalt oder Ausbeutung zu verstehen. Dies verstärkt Stigmatisierung und spricht Sexarbeitenden pauschal die Fähigkeit zu selbstbestimmten Entscheidungen ab. Eine wirksame Sozialpolitik muss dagegen unterschiedliche Lebensrealitäten anerkennen und die Stimmen von Sexarbeitenden einbeziehen.

Wir setzen uns daher für eine Politik ein, die Entkriminalisierung, Rechte, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie niedrigschwellige Unterstützung zum Ziel hat. Dazu gehören:

- stärkere arbeits-, aufenthalts- und sozialrechtliche Absicherung
- diskriminierungsfreier Zugang zu Gesundheitsversorgung und Beratung
- bessere Arbeitsbedingungen und wirksamer Schutz vor Gewalt und Ausbeutung
- freiwillige Umstiegsmöglichkeiten ohne Zwang und Stigmatisierung sowie ein erleichterter Zugang zu Sprachkursen, Arbeits- und Wohnungsmarkt
- konsequente Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution

Menschenhandel und Ausbeutung benennen und bekämpfen

Eine menschenrechtsbasierte Haltung bedeutet nicht, Gewalt, Ausbeutung oder Menschenhandel zu ignorieren. Diese müssen gezielt bekämpft werden – durch konsequente Strafverfolgung von Täter*innen, soziale Unterstützung und die Stärkung der Rechte von Sexarbeitenden, jedoch nicht durch pauschale Kriminalisierung, wie sie das „Nordische Modell“ vorsieht.

Unser kirchlicher Auftrag: Solidarität und Menschenwürde

Als kirchliche Einrichtung sehen wir unseren Auftrag darin, Menschen unabhängig von moralischen Bewertungen zu unterstützen und ihre Würde zu achten. Solidarität, Respekt und Gerechtigkeit bedeuten, Selbstbestimmung ernst zu nehmen, Rechte zu stärken und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Wir plädieren für eine Politik, die auf Dialog, Rechte und Schutz setzt. Eine soziale und menschenrechtsbasierte Politik darf nicht über Sexarbeitende sprechen – sie muss mit ihnen sprechen.